

# Schulterschluss Rüstung

Positionspapier von IG Metall, SPD-Wirtschaftsforum und BDSV

von Andreas Seifert

In der Mobilisierung von noch mehr Geld meldet sich eine neue Troika zu Wort: Gewerkschaft (IGM), Kapital (BDSV) und Lobbyverband (SPD-Wirtschaftsforum) fordern gemeinsam, man dürfe nicht nachlassen noch mehr Ressourcen in die heimische Rüstung zu pumpen. Mit einem gemeinsamen Positionspapier „Souveränität und Resilienz sichern – Industriepolitische Leitlinien und Instrumente für eine zukunftsfähige Sicherheits- und Verteidigungsindustrie“ ging man am 9. Februar 2024 an die Presse.<sup>1</sup> Tenor des 12-seitigen Papiers: Wir sehen, dass die Bundesregierung (endlich) in die Rüstung investiert, aber es ist nicht genug und es wird zu wenig in deutsche Unternehmen gesteckt. Deutschland droht seine Kompetenzen in der Rüstung zu verlieren und damit gehen Arbeitsplätze verloren.

## Rüstungsfesseln abschaffen

Die Stärkung „nationaler Kompetenzen“ im Verbund mit den in Deutschland vorhandenen Arbeitsplätzen ist das verbindende Element dieses Papiers und es wird schnell deutlich, dass hier die unternehmerische Perspektive federführend war: „Mit dem 100-Milliarden-Euro-Programm ist es möglich, notwendige Beschaffungen für die Entwicklung der Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit durchzuführen; zu erheblichen Teilen erfolgen diese aus den USA und Israel. Weder aus der Sicht des Bundeswehr-Bedarfs noch aus Sicht der SVI [Sicherheits- und Verteidigungsindustrie] reicht dies aus. Deutschland und Europa brauchen ein industriepolitisches Konzept zur Stärkung der SVI und Aufbau und zur Entwicklung eigener leistungsfähiger Verteidigungssysteme in den Dimensionen Land, Luft und See.“

Wesentlicher Hebel einer Förderung ist die Berücksichtigung nationaler Unternehmen und Kompetenzen und die Verstetigung aller Ausgaben. Die dauerhafte Sicherstellung von hohen Investitionen in den Bereich der Wehrtechnik, z.B. auch durch die gezielte Förderung technologischer Entwicklungen, gepaart mit dem

Wunsch nach langfristigen und auskömmlichen Lieferverträgen ist das Schlüsselement, das zum Gedeihen der Industrie führen soll. Zudem wird gefordert, dass eine größere Verbindlichkeit im Kontext länderübergreifender Rüstungsprojekte entsteht und eine Harmonisierung der Exportrichtlinien in Europa die vermeintlich vorhandene Benachteiligung deutscher Unternehmen aufhebt. Oder um es etwas einfacher zu formulieren: Weg mit zu viel Einschränkungen beim Export ... auch wenn die Branche es natürlich und ausdrücklich unterstützt, „dass Deutschland mit großer Sorgfalt jeden einzelnen Exportfall prüft.“ Nein, das ist nicht so, was insbesondere im Verhältnis zu Dual-Use-Gütern deutlich wird, wo den Schreiber\*innen die mögliche Verhinderung eines Geschäfts durch eine Exporteinschränkung ein Dorn im Auge ist. Und wenn man schon einmal dabei ist, sich gegen Regularien zu stemmen, wird auch gleich die Befreiung von der CO<sub>2</sub>-Bepreisung durch EU-Regularien und eine Ausnahme vom EU-„Carbon Border Adjustment Mechanism“ gefordert, da ihre Produkte „nur im begrenzten Umfang ‚grüne‘ Technologien beinhalten können.“ Da Krieg also nicht „grün“ geht, sollte man die Industrie nicht mit dem Klima belästigen.

## Partikularinteressen

Entlang der Sektoren Land, See und Luft werden diese Ideen im Verlauf des Papiers durchdekliniert. Wie nicht anders zu erwarten, ist Aufrüstung die einzige Option, die den Schreiber\*innen einfällt. Das ist dann besonders kurios, wenn die „Bedrohungslage“ als terroristisch eingestuft wird oder ein Sabotageakt vorliegt. Die Antwort auf die Frage, ob mehr Fregatten, Korvetten und Flottendienstboote den „Sabotageakt auf die Gaspipeline Nord-Stream im September 2022“ hätten verhindern können, bleibt das Papier schuldig – es reicht als Ausgangspunkt einer verstärkten Aufrüstung. Dass es umgekehrt auch nicht darum geht, dieser angenommenen Bedrohungslage mit wirklichen



Quelle: Flickr/ tonal decay.

Maßnahmen zu begegnen, sondern vor allem die eigenen Partikularinteressen durchzusetzen, wird deutlich, wenn „europäische“ Projekte auf ihre „nationalen“ Auswirkungen runtergebrochen werden. So war laut dem Positionspapier die Vergabe der F126 Fregatte an einen „europäischen Wettbewerber“ letztlich ein Fehler, da Kompetenzen in Deutschland verloren gehen – ein effizienter Umgang mit Haushaltsmitteln ist demnach kein Kriterium. Nationale Lösungen sind somit deshalb schon besser, weil sie das Geld im Land lassen. Mangelnde Kosteneffektivität, wie sie z.B. zuletzt auch in einer Greenpeace-Studie<sup>2</sup> festgestellt wurde, sind kein Anlass zur Selbstkritik. Es wird deutlich, dass die führenden Industrieunternehmen regelrecht ihren Wunsch-katalog in dieses Positionspapier haben einbringen können, vorhandene Kritik an ihrem Gebaren ausblenden und gern auch mal deutlich übertreiben. So werden z.B. im „Leitsektor Domäne Luft“ die Beschäftigungswirkungen der 4. Eurofighter-Tranche über den grünen Klee gelobt, obschon die zugrunde gelegte PwC-Studie im Auftrag des BDLI,<sup>3</sup> als Gefälligkeitsgutachten mehr als kenntlich ist. In der wird dann beispielsweise behauptet, dass sich der Eurofighter quasi über seine Produktion alleine schon zu fast 66% selbst refinanziert – erreicht wird dies unter anderem indem man die Sozialversicherungsbeiträge der Beschäftigten gleich mal als Steuern wertet (eine Logik, die man ansonsten nur noch beim Lobbyverband der Steuerzahler findet). Kurzum, Rüstung in Deutschland ist nicht nur sicherheitstechnisch ein Gewinn, die Gesamtwirtschaft wird dadurch gestärkt.

## Leichtfertige Rüstungswünsche

Als Papier der Industrie konnte man nichts anderes erwarten. Von einem Papier, das aus dem Fokus der in der Industrie Beschäftigten kommt, auch nicht ganz etwas anderes: es sind ja schließlich ihre Arbeitsplätze, um die es hier geht. Im Namen der Gesamt-IGM ist das vielleicht schon wieder ein bisschen anders. Von einem SPD-Wirtschaftsforum hingegen hätte man sich die Berücksichtigung auch anderer wesentlicher Aspekte der Gesamtwirtschaft erwarten können. Denn Rüstung ist nicht irgendeine Form einer wirtschaftlichen Betätigung – hier wird das produziert, was andere dazu verleitet, die militärische Bedrohung überhaupt erst zu erschaffen, gegen die man sich mit mehr Waffen zu schützen glaubt. Rüstung erschafft per se keine Sicherheit, sondern das Gegenteil davon. Der leichtfertige Wunsch, mehr zu produzieren und zu exportieren, damit es der Volkswirtschaft gut geht und Arbeitsplätze erhalten werden, wird erfüllt, in dem andere ggf. in anderen Teilen der Welt in einer größeren Unsicherheit leben müssen, Opfer von Krieg und Waffeneinsatz zu werden. Die Rechnung, mithilfe von vielen unproduktiven Euro in die Rüstung würde es allen gut gehen, kann nicht aufgehen – andere Bereiche der Wirtschaft sind hier wesentlich effektiver, Wohlstand zu schaffen und zu erhalten, als eine überteuerte Rüstung. Ein Fingerzeig ist hier, dass die Worte Gewinn, Rendite, Aktionäre in dem Papier nicht zu finden sind – selbstlos.

## Anmerkungen

- 1 Zwei nahezu gleichlautende Presserklärungen von [Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) und [Industriegewerkschaft Metall](#) vom 9.2.2024. Der BDSV hat sich bisher einen eigenen Verweis erspart. Das Papier: „Souveränität und Resilienz sichern – Industriepolitische Leitlinien und Instrumente für eine zukunftsfähige Sicherheits- und Verteidigungsindustrie“ 8.2.2024 ist beim Wirtschaftsforum der SPD [hinterlegt](#).
- 2 Greenpeace/Michael Brzoska, It's not the money, stupid! Die Hauptprobleme im Beschaffungswesen der Bundeswehr, Hamburg 5/2022, [online](#).
- 3 PwC Strategy&, Auswirkungen der Tranche 4 des Eurofighter-Programms auf die deutsche Wirtschaft, Sozio-ökonomischer Beitrag der Eurofighter Tranche 4, 10/2023, im Auftrag des BDLI (Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie e.V.), [online](#).

# Wächter des Wohlstands

## Westliche Militäreinsätze im Roten Meer

von Jürgen Wagner

Seit dem 19. November 2023 greifen die jemenitische Ansarollah („Huthis“) unter Verweis auf den Krieg in Gaza immer wieder Handelsschiffe im Roten Meer an. Unter Führung der USA wurden daraufhin Kriegsschiffe entsandt und auch bereits mehrfach Angriffe auf das jemenitische Festland unternommen. Die Europäische Union hat am 19. Februar 2024 den Militäreinsatz „Aspides“ beschlossen, eine deutsche Beteiligung segnete der Bundestag am 23. Februar 2024 mit großer Mehrheit ab.

Der Einsatz ist für die innerdeutsche Debatte insofern ein Novum, als von politischer Seite erstmals in aller Offenheit zur Rechtfertigung auf die Notwendigkeit der Durchsetzung ökonomischer Interessen verwiesen wird. Ernüchternd ist, dass dies auf kaum nennenswerten Widerstand stößt, was vor nicht allzu langer Zeit noch undenkbar gewesen wäre. Allerdings existiert neben völlig berechtigten grundsätzlichen Erwägungen auch eine Reihe weiterer Gründe, weshalb dieser Militäreinsatz und die deutsche Beteiligung daran abgelehnt werden sollten.

### **Prosperity Guardian: US-Offensive**

Die Bedeutung des Roten Meeres und besonders der Meerenge Bab Al-Mandab ist schwer zu überschätzen. Generell finden 90 Prozent des Welthandels über den Seeweg statt, das Rote Meer (bzw. den Suezkanal) passieren 15 Prozent davon (das sind zwölf Prozent des Welthandels), was es zu einer der wichtigsten Wasserstraßen der Welt macht. Angrenzend an das Rote Meer kontrollieren die „Huthi“-Rebellen im Westen des Jemen rund ein Drittel des Landes, in dem ein Großteil der Bevölkerung lebt. Von dort aus begannen sie, wie erwähnt, ab dem 19. November 2023 mit Angriffen auf Handelsschiffe. Nach Angaben der Huthis zufolge würden nur Schiffe ins Visier genommen, die in einem Zusammenhang mit dem israelischen Krieg in Gaza stünden, wobei die Angriffe bis zu einem Waffenstillstand fortgesetzt würden. Seither sehen sich viele

Schiffe gezwungen, den großen Umweg um das Kap der Guten Hoffnung zu nehmen – im Februar 2024 sollen 80 Prozent weniger Schiffe den Suezkanal passiert haben, als zu erwarten gewesen wäre.

Bereits am 19. Dezember 2023 startete unter Führung der USA der Einsatz „Wächter des Wohlstands“ („Prosperity Guardian“). Am 10. Januar 2024 verurteilte der UN-Sicherheitsrat in der Resolution 2722 die Angriffe der Huthis, was von den USA postwendend als Blankoscheck gewertet wurde, einen Tag darauf Ziele auf dem jemenitischen Festland zu beschießen. Eine weitere Eskalationsstufe wurde am 3. Februar 2024 erreicht, als die USA in Reaktion auf Angriffe auf eine US-Basis in Jordanien auch Ziele im Irak und in Syrien bombardierten. Nur einen Tag später wurden noch einmal 36 Ziele im Jemen angegriffen usw.

### **Aspides: „Schwerer Waffengang“**

Parallel zu „Prosperity Guardian“ konkretisierte die EU Pläne für eine eigene Militärmission, die am 19. Februar 2024 offiziell begann. Es sollen dabei mindestens drei Kriegsschiffe gleichzeitig vor Ort sein, Deutschland signalisierte früh eine Beteiligung mit der Fregatte „Hessen“. Laut Ratsbeschluss soll der erst einmal auf ein Jahr begrenzte Einsatz einen riesigen Raum abdecken: „Das Operationsgebiet umfasst die Meerenge von Bab Al-Mandab und die Straße von Hormus sowie die internationalen Gewässer im Roten Meer, im Golf von Aden, im Arabischen Meer, im Golf von Oman und im Persischen Golf.“ Das „strategische Ziel“ der Operation sei es, „die Freiheit der Schifffahrt sicherzustellen.“ Um dies zu gewährleisten, werde man „Schiffe im Operationsgebiet begleiten“ sowie „eine maritime Lageerfassung im Operationsgebiet sicherstellen“ und „Schiffe vor bereichsübergreifenden Angriffen auf See unter uneingeschränkter Achtung des Völkerrechts, einschließlich der Grundsätze der Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit, in einem Untergebiet des Operationsgebiets schützen.“<sup>1</sup>